Nr. 182 • Ausgabe B Nr. 90
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 182

Abend-Ausgabe

Dienstag, 19. April 1921
50. Jahrgang

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Unterhausdebatte über die Zwangsmaßnahmen.

Die französischen Gewaltdrohungen.

London, 18. April. (W. T. B.)

Ueber die Unterhausdebatte, die sich auf das geplante Vorgehen Frankreichs bezog, wird ausführlich gemeldet: Kenworthy stellte die Frage, ob die Aufmerksamkeit des Ersten Ministers auf die Erklärungen Briands im französischen Senat gelenkt worden sei, dahingehend, daß die französische Regierung die Absicht habe, nach dem 1. Mai Gewalt gegen Deutschland anzuwenden, ob britische Truppen sich an diesen neuen Demonstrationen beteiligen würden, ob weitere britische Truppen für das Besatzungsheer benötigt würden, ob ein Rat der Alliierten vor dem 1. Mai stattfinden werde, und wenn ja, wo, schließlich, ob die deutsche Regierung irgend ein neues Angebot, betreffend Reparationen, gemacht habe.

Lloyd George erklärte in Beantwortung dieser Fragen, wie bereits gemeldet, die deutsche Regierung sei ihren Verpflichtungen mit Bezug auf die Reparationen, die Aburteilung der Verstöße gegen die Gesetze des Krieges beschuldigten Personen und die Entwaffnung immer noch nicht nachgekommen. Sie habe bisher keinerlei Neigung gezeigt, praktische Vorschläge zur Durchführung des Vertrages von Versailles mit Bezug auf diese Frage vorzubringen. Unter diesen Umständen sei es eine gebieterische Notwendigkeit, daß die Alliierten mit Bezug auf die weiteren Schritte beraten, die vielleicht notwendig werden, um die Erfüllung der Bestimmungen des Friedensvertrages zu erzwingen.

Wedgewood Ben fragte hierauf, ob die Ansicht des Unterhauses eingeholt werden würde, bevor irgendeine endgültige Zustimmung von seiten Großbritanniens zu einer weiteren Besetzung deutschen Gebietes gegeben werde.

Lloyd George erwiderte, das Unterhaus könne eine Erörterung zu jeder gewünschten Zeit haben.

Kenworthy fragte noch einmal, ob eine Beratung der Alliierten vor dem 1. Mai stattfinden werde und ob britische Truppen in dieser Frage in Tätigkeit treten würden.

Lloyd George erklärte, **er zweifle nicht daran, daß ein Gedankenaustausch vor dem 1. Mai stattfinden werde.**

Hogge fragte, ob es sich nur um einen Meinungsaustausch handeln werde, oder ob eine endgültige Konferenz zwischen England und seinen Alliierten stattfinden werde, und wenn ja, ob sie vor dem 1. Mai stattfinden werde, und zwar wann und wo.

Lloyd George erwiderte darauf: Ich möchte diese Fragen nicht beantworten. Ich glaube, es muß dem Ermessen der Regierung überlassen bleiben, welches die beste Methode ist, um mit unseren Alliierten Meinungen auszutauschen. Lloyd George erklärte nach verschiedenen weiteren Fragen der Abgeordneten zum Schluß: Wir werden handeln in der Voraussetzung, daß das britische Volk den Vertrag von Versailles erzwungen sehen will. Wenn das Unterhaus anderer Ansicht ist, so steht es ihm frei, zu jeder Zeit Vorstellungen in dieser Frage zu erheben.

Im Unterhaus wurde auf eine Anfrage von seiten der Regierung erklärt, nichts könne Frankreich an der Ausfuhr von Kohlen, die es auf Grund des Spaa-Abkommens von Deutschland erhalten hat, verhindern.

Bevorstehende Zusammenkunft zwischen Briand und Lloyd George.

Paris, 18. April. (W. T. B.)

Havas meldet aus Dover: Aus Hythe wird berichtet, daß **Briand und Lloyd George wahrscheinlich am 23. d. M. in Lympne zusammenkommen werden.**

Wie der „Matin" mitteilt, hat Ministerpräsident Briand vor zwei Tagen Lloyd George vorgeschlagen, sich mit ihm im Laufe dieser Woche zu treffen. Nach einer Havas-Meldung aus Dover kündigt man aus Hythe an, daß Lloyd George und Briand jedenfalls am kommenden Sonnabend in der Villa von Sir Philipp Sassoon zu Besprechungen zusammenkommen.

Pariser Konferenzen über die geplante Besetzung des Ruhrgebiets.

Der Umfang der Besetzung angeblich bereits bestimmt.

Paris, 19. April. (W. T. B.)

Nach dem „Echo de Paris" finden im Laufe dieser Woche Konferenzen statt, an denen die militärischen und wirtschaftlichen Sachverständigen teilnehmen. Es scheine jedoch, daß das etwa neu zu besetzende Gebiet schon ungefähr bestimmt worden ist. Es umfasse den **ganzen Ruhrbezirk mit Ausnahme der Bezirke nordöstlich von Hamm und östlich von Iserlohn; aber auch das südliche Gebiet bei Elberfeld, im ganzen einen Streifen von 75 Kilometer Länge und ungefähr 25 Kilometer Breite.** Zur Besetzung glaubt man nur sieben Divisionen nötig zu haben. Bedenken hat das Blatt hinsichtlich der wirtschaftlichen Ausbeutung des neu besetzten Gebietes. Man schätze jedoch die Einnahmen, die man erzielen könne, auf ungefähr 1½ Milliarden Goldmark. Auch das „Echo de Paris" glaubt, daß man mit der Dienstverweigerung der industriellen Persönlichkeiten rechnen müsse.

Die Havasagentur dementiert die Nachricht, die Gendarmerie in Lille habe bereits die Einberufungsbefehle für das erste Armeekorps bezüglich der Jahresklassen 1918/19 erhalten. Es sei weder für den ersten, noch für einen anderen Bezirk ein Einberufungsbefehl ergangen.

London, 19. April.

„Daily Telegraph" schreibt im Leitartikel, der Vormarsch der Franzosen in Deutschland werde mit Zustimmung und der vollen moralischen Unterstützung des britischen und des italienischen Kabinetts unternommen werden. Die wirklichen Schwierigkeiten für die Staatsmänner der Alliierten und für die Militärs bestünden in der genauen Festsetzung der Zwecke des Vormarsches, denn die militärischen Pläne müßten unbedingt bereit sein für die wirtschaftlichen, politischen und finanziellen Ziele, die erreicht werden sollen.

Eine „befriedigende Grundlage" für Besprechungen erwartet.

Für eine unmittelbare Erörterung zwischen den Alliierten und Deutschland.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 18. April.

Die Ausführungen Lloyd Georges im Unterhaus werden durch ein Communiqué ergänzt, welches sagt: „In gut informierten Kreisen Londons ist man der Meinung, daß die deutsche Regierung sich eher **direkt mit Vorschlägen an die Alliierten** wenden sollte, als zu versuchen, das Problem über die Schweiz, Tschechoslowakei, Vatikan oder Washington auf eine andere Weise zu ordnen. Wenn der Vorschlag, der gemacht werden soll, nicht mindestens eine befriedigende Grundlage für eine weitere Besprechung liefert, dann kann nur wenig Zweifel bestehen, daß praktische Strafen Deutschland auferlegt werden sollen."

Wenn man dieses Communiqué optimistisch beurteilen will, dann kann man sagen, daß eine weitere Bereiterklärung darin ausgedrückt ist, in weitere Verhandlungen einzutreten.

London, 18. April. (W. T. B.)

In einer vom Reuterschen Bureau verbreiteten Meldung heißt es: In amtlichen britischen Kreisen ist nichts Bestätigendes bekannt über die zahlreichen Berichte aus Berlin, über eine bevorstehende Aktion Deutschlands im Hinblick auf seine Verpflichtungen am 1. Mai laut Friedensvertrag. Was die wiederholten Gerüchte über eine geplante Vermittlung anbelangt, so sind keine solchen Angebote der britischen Regierung mitgeteilt worden. Im Zusammenhang damit wird darauf hingewiesen, daß, wenn Deutschland ein „vernünftiges" Angebot vorhat, keine Notwendigkeit für eine Vermittelung besteht. In jedem Falle wird nachdrücklich hervorgehoben, daß nach Ansicht der britischen Regierung diese Frage **unmittelbar zwischen Deutschland und den Alliierten erörtert werden muß, und daß erwartet wird, daß Deutschland den ersten Schritt tut.**

Es sei ganz klar gemacht worden, heißt es in der Reutermitteilung weiter, daß den Deutschen die Aufgabe zufällt, vor dem 1. Mai den Alliierten „vernünftige" Vorschläge darüber zu unterbreiten, wie sie ihren Verpflichtungen nachkommen wollen. Bisher sei noch keinerlei Plan für eine neue Konferenz der Alliierten gefaßt worden, aber, ob Deutschland neue Vorschläge mache oder nicht, **eine Versammlung der Alliierten werde sobald wie möglich nach dem 1. Mai notwendig sein, deren Ort und Zeitpunkt noch festgesetzt werden müßten.** London habe keinerlei Mitteilung über die gemeldete Absicht der Vereinigten Staaten, sich wieder in der Reparationskommission vertreten zu lassen, erhalten. Man müsse sich vergegenwärtigen, daß die Vereinigten Staaten sich vollkommen freiwillig zurückgezogen, und das jetzige Gerücht beziehe sich wahrscheinlich auf die Tatsache, daß der amerikanische Vertreter, der bei dem Ausscheiden der letzten Regierung aus dem Amte abgereist sei, jetzt durch einen Vertreter der amerikanischen Regierung ersetzt werden solle.

Das wiedergeöffnete „Loch im Westen".

Die Zollgrenzen im Rheinland.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 19. April.

Dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant" wird gemeldet: Die Alliierten werden die Erteilung von Konzessionen für Ein- und Ausfuhr im besetzten Gebiet selbst in die Hand nehmen und die Konzessionen lediglich im Interesse ihres eigenen Handels erteilen. Damit, so sagt die Zeitung, öffnet sich wieder das berüchtigte „Loch im Westen". Von deutscher Seite wird zur Abwehr der Import von ausländischen Waren aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet von der Erteilung eines deutschen Konsenz abhängig gemacht, und ebenso soll die nicht erwünschte Ausfuhr aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet verhindert werden. Man ist mit der Schaffung einer Organisation beschäftigt, um den Zu- und Ablauf des Exports zu kontrollieren. Ebenso werden in Berlin gegenwärtig Maßregeln beraten, um zu verhindern, daß die rheinische Industrie allein die Last der alliierten Zölle zu tragen hat. Es wird eine Regelung vorbereitet, um den Druck der finanziellen Bestrafung über das ganze Land zu verteilen. Ferner bringt die genannte Zeitung die bekannte Tatsache, daß die deutsche Regierung sich geweigert hat, Zollbeamte zur Durchführung der Strafbestimmungen der neuen Zollgrenze zur Verfügung zu stellen. Darauf hat die Entente mit einem Ultimatum geantwortet, das die Gefangensetzung sich weigernder Beamten ankündigt. Nicht die Alliierten, sondern die Deutschen selbst hätten das größte Interesse daran, daß die Zollgrenze am Rhein ein nicht zu großes Hindernis für den Verkehr werde. Die Alliierten haben in dem Ultimatum gedroht, daß sie Maßregeln von äußerster Schärfe anwenden würden, um zu verhindern, daß die Kontrolle umgangen werde. Wenn die deutschen Zollbeamten aber nicht mitwirken, so werde die Untersuchung äußerst langsam vor sich gehen. Selbst D-Züge werden an der neuen Zollgrenze einen verständigen Aufenthalt haben. Aus diesem Grunde soll die deutsche Regierung ihren Standpunkt verlassen und die Beamten zur Verfügung stellen.

Kiels Aufstieg, Wirtschaftskrisis und Wiederaufbaupläne.

Von [Nachdruck verboten.]

Ferdinand Hoff, Kiel.
Mitglied des Landtags.

Das Schicksal der Stadt Kiel ist wie das weniger deutscher Städte mit demjenigen des neuen deutschen Reiches auf das innigste verknüpft und verwoben: historisch und wirtschaftlich, in den guten Tagen des Aufstiegs wie in den bösen Tagen des Zusammenbruchs und der Zukunftssorgen. Der Name Kiel steht an der Wiege des Bismarckschen Deutschlands. Die äußerlich bescheidene, innerlich aber große Tat der Proklamation der provisorischen Regierung Schleswig-Holsteins am 24. März 1848 von dem Kieler Rathause und der damit anhebende, von allen deutschen Stämmen begeistert begrüßte Freiheitskampf der Herzogtümer gegen Dänemark stellt historisch das erste Glied in der Kette der Ereignisse dar, welche unter Bismarck zur Aufrichtung des Deutschen Reiches geführt haben. Idstedt, Düppel, Königgrätz und Sedan sind innerlich zusammenhängende Etappen auf diesem Wege. So geschichtlich mit der Einigung der deutschen Stämme und der Aufrichtung des Deutschen Reiches eng verwoben, sollte die alte Holstenstadt eben infolge dieses Ereignisses in verhältnismäßig kurzer Zeit aus dem bescheidenen und beschaulichen Dasein einer Provinzialstadt zu einer Großstadt von nahezu einer Viertelmillion Einwohnern aufsteigen.

Unter dem Grafen Johann, dem Nachfolger des „Siegers von Bornhöved", im Jahre 1242 durch Verleihung des Lübschen Rechtes begründet, vermochte die Stadt Kiel, als holsteinisches Gegengewicht gegen das mächtig aufstrebende Lübeck vom Grafen gedacht, eine dauernde, größere Bedeutung nicht zu erlangen. Bedeutsam für ihre Entwicklung bis in unsere Tage hinein war die Gründung der Universität im Jahre 1665 durch den Herzog Christian Albrecht. Kiel wurde dadurch — und zwar dauernd — zum geistigen und kulturellen Mittelpunkt der Herzogtümer erhoben, kam aber trotzdem über den Rang einer Provinzialstadt nicht hinaus. 1803 zählte die Stadt 7075, 1845: 13 572, 1864: 18 770 Einwohner. 1865 schlug Kiels Schicksalsstunde. In diesem Jahre erfolgte die Verlegung der Marinestation der Ostsee von Danzig nach Kiel, der am 24. Januar 1867 die förmliche Besitzergreifung Schleswig-Holsteins — ausgesprochen auf dem Kieler Schlosse — durch Preußen folgte. Von nun an war die alte Holstenstadt aufs engste mit dem Ausbau der deutschen Marine und dem wirtschaftlichen Aufstieg des Deutschen Reiches verbunden. Sie wurde die Marinestadt des neuen Deutschen Reiches und machte als solche eine fast amerikanische Entwicklung durch. 1880 ergab die Volkszählung eine Einwohnerzahl von 43 594, 1890: 69 172, 1900: 107 977, 1910: 211 635. Im Jahre 1915 betrug die Einwohnerzahl 242 000.

Diese glänzende äußere Entwickelung, von der Bevölkerung und der Stadtvertretung aufs lebhafteste unterstützt, zeigte allerdings schon in Friedenszeiten gewisse Schattenseiten. Das rapide Wachstum von der bescheidenen Provinzial- zur modernen Großstadt stellte auf wirtschaftlichem, kulturellem und verwaltungstechnischem Gebiete: Gas- und Wasserwerke, Vollkanalisation, Schulen, neues Stadttheater, neues Rathaus usw. gewaltige Anforderungen, die um so mehr die äußerste Anspannung der Steuerkraft der Bewohner (250 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer vor dem Kriege) nötig machte, als die zuziehende, meist arbeitende Bevölkerung teilweise nur über eine geringe Steuerkraft verfügte, oder — wie Offiziere und Beamte — infolge Steuerfreiheit oder Steuerprivilegien nur unvollständig zu den Lasten der Stadt herangezogen werden konnte. Vor allen Dingen aber wurde die Stadt selber durch die Marine in ihrer natürlichen Entwickelung zur Handelsstadt vielfach behindert. Nahezu der ganze, ausgezeichnete Kieler Hafen wurde von der Marine und ihren Anlagen in Anspruch genommen. Der Handel blieb auf einen kleinen, inneren, völlig unzulänglichen Teil desselben beschränkt. Auch nach dem Bau des Nordostseekanals konnte sich der Kieler Handel nicht über den engen Lokalbedarf erheben, da alle Versuche, in der Wiker Bucht in der Nähe der Kanalmündung neue Hafenanlagen zu schaffen, an dem Widerspruch der Marine scheiterten. Erst bei der Kanalerweiterung konnte — kurz vor Ausbruch des Krieges — an diesem selber die Freigabe des Geländes für einen bescheidenen Hafen erreicht werden, der aber infolge des Krieges nicht ausgebaut werden konnte, jetzt aber in Angriff genommen wird. Auch während des Krieges konnte Kiel infolge der militärischen Absperrung an dem bedeutenden Aufschwung des Ostseehandels nicht beteiligt werden, der unter anderen Lübeck und Stettin bedeutende Vorteile einbrachte.

So fast ausschließlich und völlig einseitig auf die Marine eingestellt, mußte der jähe militärische Zusammenbruch des kaiserlichen Deutschlands, mußte die Auslieferung der Flotte und die Herabdrückung des Personalbestandes der Marine auf 15 000 über die ganze deutsche Ost- und Nordseeküste zu verteilende Köpfe für Kiel einen furchtbaren Schlag bedeuten. Keine Stadt Deutschlands wurde durch den unglücklichen Ausgang des Krieges so schwer getroffen wie die Marinestadt Kiel. Ihr Lebensfaden war jäh durchschnitten, ihre wirtschaftliche Grundlage aufs schwerste erschüttert. Eine empfindliche Schädigung der Kieler Geschäftswelt, die zum guten Teil auf den Konsum der Marine eingestellt war, tritt schon jetzt zutage, obgleich die im ganzen Reiche herrschende Wohnungsnot bis jetzt einen größeren Abzug der Zivilbevölkerung verhinderte. Zum Glück blieben die Werft- und Schiffbau- sowie die mit ihnen zusammenhängenden Industrien intakt, so daß auch die Arbeitslosigkeit seinen anormalen Grad annahm.